

Abschlussklärung

In der aktuellen Vielfachkrise muss der Feminismus politischer werden. Das ist die Hauptbotschaft der internationalen Konferenz „*Movements, Borders, Rights? Feminist Perspectives on Global Issues in Europe*“, die ein Forum für kritische Analysen, feministische Antworten und Diskussionen über Strategien zur Bewältigung der aktuellen Problemkomplexe im Zusammenhang von Politik, Menschenrechten und Migration bot. Zentrale Trends der momentanen Situation in Europa sind: 1) Der politische Backlash, der mit dem Vormarsch von Autoritarismus, Rechtspopulismus und Rassismus einhergeht und stark antifeministische Züge trägt; 2) die Finanzkrise mit Grexit und Brexit als Szenarien, die die ungewissen Wirtschaftsaussichten der EU anzeigen; und 3) die Bewegungen von Geflüchteten und Migrant_innen, die aufgrund unzureichender politischer Reaktionen eine humanitäre Krise ausgelöst haben. Die gegenwärtig in vielen Gesellschaften zu beobachtende Polarisierung sowie die neuen regionalen und globalen Machtkonstellationen erhöhen den Druck auf demokratische und zivilgesellschaftliche Handlungsspielräume wie auch auf soziale Gerechtigkeit, Bürger- und Frauenrechte und das (Über-)Leben der Geflüchteten.

Wenn feministische Perspektiven relevant sein wollen, müssen sie repolitisiert werden. Genderaktivist_innen, Expert_innen und Wissenschaftler_innen verschiedener Generationen aus 31 Ländern vertieften ihr Wissen über die aktuelle Situation durch einen internationalen Austausch zwischen Partner_innen aus West- und Osteuropa und dem globalen Süden. Zentral in allen Debatten waren die Stimmen von Migrant_innen und geflüchteten Frauen.

Gemeinsam haben sie analysiert, wie stark soziale Gerechtigkeit, Geschlechtergleichheit und Frauenrechte aufgrund von Sparpolitiken und allumfassender Vermarktlichung und Finanzialisierung beeinträchtigt, geopfert oder ausgehöhlt werden. Dabei wurden die Wechselbeziehungen zwischen europäischen Innenpolitiken und der Außenhandels- und Entwicklungspolitik der EU (z.B. die SDGs) untersucht. Ferner konzentrierte sich die Analyse auf die Interdependenzen der verschiedenen Krisen, um insgesamt ein differenzierteres und umfassenderes Bild von den fragmentierten Problemen und inkohärenten Politiken zu bekommen.

Die Konferenz betonte, dass Frauen nirgendwo eine homogene Gruppe bilden und dass eine feministische Bewegung ohne Anerkennung der Vielzahl von Feminismen keine Wirkung entfalten kann. Die multiplen Identitäten von Frauen sowie die Intersektionalität unterschiedlicher Macht- und Unterdrückungsregime müssen stets mitgedacht werden. Als Grundlage für Solidarität und Bündnisse wurden folgende Perspektiven und Strategien auf der Konferenz vorgeschlagen und diskutiert:

Politischer Backlash

Es ist höchste Zeit, gegen Rechtspopulismus und Antifeminismus zu protestieren und umgehend gegen Desinformationsstrategien und Hassreden vorzugehen. rassistische, antidemokratische und maskulinistische Rhetorik sowie Kontrollansprüche, beispielweise in Bezug auf sexuelle und reproduktive Rechte, müssen stärker politisiert und skandalisiert werden. Dafür gibt es jedoch keine Rezepte, weil die Zusammenhänge zwischen nationalistischen, identitären, frauenfeindlichen und militaristischen Kräften und Denkweisen unterschiedlich sind. Gegenstrategien müssen aus dem jeweiligen Kontext und seiner Analyse entwickelt werden. Sie bewegen sich zwischen

Konfrontation und Dialog, vor allem mit jenen Gruppierungen, die zwischen den polarisierten Positionen verortet sind. Strategien sollen proaktiv und nicht nur reaktiv sein, translokal und transregional vernetzen. Wir müssen die richtigen Zeitpunkte zur Einmischung in öffentliche Diskurse und strategische Ansatzpunkte identifizieren, um unsere eigenen Geschichten und Narrative in den Medien zu verbreiten, aber auch unsere eigene Öffentlichkeit zu schaffen.

Gleichzeitig müssen sich diese Strategien gegen die schrumpfenden Handlungsspielräume für eine kritische Zivilgesellschaft und soziale Bewegungen richten - von Gewerkschaften über Frauenbewegungen bis hin zu den gewaltförmigen Attacken auf Menschenrechtsaktivist_innen. Geldstromanalysen sind ebenfalls Einstiegspunkte für feministische Kritik, denn zivilgesellschaftliche Handlungsfähigkeit wird auch durch einen Mangel an Finanzen beeinträchtigt. Förderpolitiken bevorzugen große institutionelle Projekte, private Beraterfirmen und Audits statt kleine NGO, soziale Bewegungen und Frauenrechtsaktivismus voranzubringen. Um Räume für gesellschaftlichen Widerspruch und Protest offenzuhalten, braucht es zivilen Ungehorsams und Drinnen-Draußen-Strategien gegenüber Institutionen. Wir müssen unsere eigenen Stärken identifizieren und ausbauen und beispielsweise von der Massenmobilisierung von Frauen in Polen lernen.

Wir dürfen nicht aufhören, Regierungen für die Umsetzung rechtebasierter Konventionen und internationale Normen- und Regelsysteme zur Rechenschaft zu ziehen. Staaten und Politiken, die autoritären Neoliberalismus, brutale Grenzregime, die Ausgrenzung von „Anderen“, die Versicherheitlichung und Militarisierung fördern, gehören öffentlich kritisiert. Wir werden Politiker zur Verantwortung ziehen, die durch Waffenhandel wie auch durch Handels- und Investitionspolitiken zu Konflikten und Kriegen beitragen, die Menschen zu Flucht und Migration veranlassen. Sie halten sich nicht an das Regime von Menschenrechten, Geschlechtergleichheit und sozialer Gerechtigkeit, das die Zivilgesellschaft und Frauenorganisationen erkämpft haben, das aber im derzeitigen Krisenkontext zusammenbricht.

Wir müssen dieses Rechts- und Gerechtigkeitsparadigma, zudem auch feministische Perspektiven auf Konflikte und Gewalt gehören, verteidigen, weil sie die Verflechtung von Frieden, Entwicklung, Menschenrechten und Geschlechtergleichheit im Unterschied zu einem Paradigma von sozialer Kontrolle, Versicherheitlichung und militärischen Reaktionen aufzeigen.

Migration

Diskurse über Migrant_innen und Geflüchtete sollten sich am Menschenrechtskonzept orientieren und nicht im Kontext von Bedrohung, Sicherheit und Abwehr abgehandelt werden. Auf EU-Ebene muss eine Migrations- und Asylgesetzgebung systematisch und koordiniert sicherstellen, dass Asylsuchende ohne bürokratische Hürden und Schikanen registriert und anerkannt werden. Migrant_innen sind Rechtssubjekte und brauchen das Recht, den Wohnort im Aufnahmeland selbst wählen sowie arbeiten und Geld verdienen zu dürfen. Investitionen in Programme für eine soziale Infrastruktur und Daseinsvorsorge müssen den Fokus ersetzen, dass Migrant_innen und Geflüchtete verwaltet und kontrolliert und in ihre Herkunftsländer oder das EU-Land ihrer Erstregistrierung nach dem Dublin-Abkommen zurückgeschickt werden sollten.

Es gibt eine erschreckende Verbindung zwischen europäischen Migrationspolitiken und der Entwicklungszusammenarbeit: Grenzregime werden durch die Errichtung von Lagern in Nordafrika externalisiert und Hilfeleistungen erfolgen an unsichere Länder unter der Voraussetzung, dass sie Migrant_innen repatriieren. Die Umschichtung europäischer Entwicklungshilfegelder bei gleichzeitig mangelnder Solidarität mit den Geflüchteten in Europa sowie Menschenrechtsverletzungen in den Lagern und an den Grenzen schaffen eine Doppelmoral im Bereich der Menschenrechte. Entwicklungszusammenarbeit muss in die Bekämpfung von Fluchtursachen investiert und darf nicht dem Migrationsmanagement oder der Sicherheitsagenda untergeordnet werden. Um Ursachen für Kriege und Konflikte wirksam anzugehen, verlangen wir ein Verbot von Waffenhandel, die Förderung von politischen Lösungen, die Anerkennung der Rolle

von Frauen in sämtlichen Friedensprozessen sowie die Umsetzung der UN-Sicherheitsratsresolution 1325 und der entsprechenden nationalen Aktionspläne.

Wir fordern die vorbehaltlose Ratifizierung der Istanbul-Konvention durch die EU und alle europäischen Regierungen sowie die Umsetzung der dort genannten geschlechtsspezifischen Regelungen und Asylverfahren, die Gewalt gegen Frauen unabhängig von ihrem Rechts- und Aufenthaltsstatus ahnden. Notwendig sind Verhaltenskodizes, um jedwede Form von Gewalt gegen weibliche Geflüchtete und Migrantinnen zu verhindern.

Die Internierung von Personen sowie die Militarisierung und Kommerzialisierung der Sicherheit in Lagern darf nicht hingenommen werden. Gleichzeitig müssen Menschenrechtsverletzungen, die Profitmacherei durch Kriege und die kommerzielle Ausbeutung wehrloser Geflüchteter auf breiter Front skandalisiert werden.

Unserer Analyse nach gehören die europäischen Spar- und Finanzpolitiken sowie der Abbau von Wohlfahrtsstaatlichkeit zu den Ursachen für den wachsenden Rassismus, Verschwörungs- und Sündenbocktheorien im Kontext von Migration, denn diese führen zu Mehrbelastungen für die Einzelnen und zur Privatisierung sozialer Verantwortung.

Migrant_innen brauchen Respekt; sie möchten nicht ständig viktimisiert und bemitleidet werden; sie wollen als Subjekte nicht auf Probleme reduziert werden. Stattdessen müssen eine soziale Infrastruktur und sichere Räume geschaffen werden, damit sie ihre Würde durch autonomes Handeln und (Selbst)Organisation wiedererlangen können. Wir dürfen unseren Kampf gegen Rassismus nicht vom Kampf gegen Sexismus abkoppeln, weil sich Rassismus oft sexualisiert und Sexismus häufig rassistisch manifestiert. Die Befreiung einer gesellschaftlichen Gruppe darf niemals auf Kosten einer anderen Gruppe gehen.

Entwicklung und Handel

Weil die Agenda 2030, der globale Politikrahmen für Entwicklung, nicht hinterfragt, wie Ungleichheiten bei Einkommen, Wohlstand und Macht durch Handels- und Wirtschaftspolitik produziert und reproduziert werden, müssen wir durchsetzbare Standards jenseits der *Sustainable Development Goals* (SDGs) erkunden.

Bei der Konferenz forderten Migrant_innen und Teilnehmer_innen aus dem Süden, das Zeitalter der Entwicklungshilfe zu beenden, da diese von jeher auf einer eurozentristischen hierarchischen Helfermentalität basierte und letztlich dem globalen Norden, den Konzernen und Finanzmärkten zugutekam. Stimmen aus dem globalen Süden verlangen Anerkennung als gleichberechtigte Partner_innen ohne Bevormundung in Bezug auf Entwicklung und Migration.

Die Agenda für nachhaltige Entwicklung enthält Ziele, die dem Schutz der Menschenrechte und sozialer und ökologischer Entwicklung entgegenstehen. Zwar ist von Universalität die Rede, doch die Maßnahmen konzentrieren sich nach wie vor auf den globalen Süden. Wir werden unsere Regierungen und die Privatwirtschaft dafür zur Rechenschaft ziehen, dass wirtschaftliche Entwicklungsziele nicht auf Kosten anderer Ziele umgesetzt werden. Hierbei können wir uns auf das Völkerrecht und auf andere Standards berufen, wie auf die *UN-Konvention zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau* (CEDAW), den *UN-Ausschuss für die Beseitigung der Rassendiskriminierung* (CERD) oder die *Aktionsplattform der 4. Weltfrauenkonferenz* in Peking. Einige nationale oder regionale politische Handlungsrahmen sind stärker formuliert als die SDGs, denn sie enthalten Indikatoren für die Teilhabe von Frauen an Friedensverhandlungen und für den Schutz von Frauenorganisationen und Frauen- und Menschenrechtsaktivist_innen.

Die derzeitige Handelspolitik der EU ist ein wesentliches Hindernis für nachhaltige Entwicklung. Sie verschärft bestehende Ungerechtigkeiten und schränkt den demokratischen und politischen Handlungsspielraum einzelner Staaten ein. Gründe dafür sind mangelnde Transparenz bei

Verhandlungen, Streitschlichtungsmechanismen sowie eine Agenda, die mit Regelungen zu Investitionen, öffentliche Beschaffung, Dienstleistungen, Privatisierung und Liberalisierung weit über reine Handelsthemen hinausgeht. Die Freihandelsabkommen führen im globalen Süden zu einem Rückgang der Staatseinnahmen und deswegen auch zu weniger öffentlichen Ausgaben für das Soziale. Die Tatsache, dass den Rechten von Investoren Vorrang gegeben wird vor den Rechten von kleinen Wirtschaftsakteur_innen und Kommunen, hat zur Folge, dass die Lebensgrundlagen von Menschen und die lokale Wirtschaft untergraben und Arbeit und Lebensbedingungen prekariert werden. Zudem ist die momentane Handelspolitik nicht nur geschlechterblind, sondern favorisiert ein neoliberales, produktivistisches Wachstumsmodell, das stillschweigend auf un- und unterbezahlter Sorgearbeit basiert, die vorwiegend von Frauen geleistet wird. Dies trägt zu weiterer Geschlechterdiskriminierung und Abwertung von Frauenarbeit bei. Es schadet zudem der nachhaltigen Entwicklung, da der Freihandel auch Klimaschutzverpflichtungen unterläuft.

Deshalb fordern wir eine grundsätzliche Veränderung des derzeitigen Handels- und Investitionsregimes der EU: Wir brauchen eine Alternative. Multilaterale und bilaterale Handelsabkommen müssen verbindliche und einklagbare Standards zu Arbeit, Menschenrechten und Umwelt enthalten. Handelspolitiken müssen reformiert werden, um Ernährungssouveränität und nicht nur Ernährungssicherung zu garantieren. Die Handelspolitik der EU gefährdet die kleinbäuerliche Landwirtschaft, die immer noch für die meisten Frauen und Männer im globalen Süden die Haupteinkommensquelle darstellt. CEDAW und die ILO-Konventionen, darunter *Konvention 189 zu menschenwürdiger Arbeit für Hausangestellte* und *Konvention 156 zu Arbeitnehmer_innen mit Familienpflichten*, müssen Teil eines jeden menschenrechtlichen Streitschlichtungs- und Monitoringsystems werden. (Transnationale) Konzerne sind durch rechtsverbindliche Abkommen zu regulieren, die Strafen für den Fall vorsehen, dass Unternehmen die Rechte von Arbeitnehmer_innen, Gemeinschaften und Verbraucher_innen verletzen.

Wir sind gegen die Unterzeichnung und Umsetzung von Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPAs), da diese die Entwicklung afrikanischer Staaten gefährden, regionale afrikanische Integration unterminieren, die Umsetzung der SDGs aushebeln und ähnliche soziale Schäden anrichten wie die *Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft* (TTIP), das *Transpazifische Partnerschaftsabkommen* (TPPA) und das *Nordamerikanische Freihandelsabkommen* (NAFTA).

Da das neoliberale Wachstumsparadigma und die nicht rechte- und umverteilungsorientierten Marktprinzipien auch die internen Haushalts-, Steuer- und Finanzpolitiken der EU bestimmen, machen wir diese Politiken auch zu einem feministischen Thema. Wir fordern mehr staatliche Investitionen in Daseinsvorsorge und soziale Infrastruktur, denn die Sparpolitiken haben das öffentliche Gemeinwohl eingeschränkt und zudem den Fortschritt bei der Reduzierung von Geschlechterdiskriminierung verlangsamt. Wir wollen eine EU, die nicht nur eine Wirtschaftsunion, sondern eine soziale Union ist, die auf Solidarität und einer Logik des ‚caring and sharing‘ beruht.

Neue Solidaritäten und Bündnisse

Um in der neuen Topographie der Macht und in unseren zunehmend polarisierten Gesellschaften navigieren zu können, müssen wir Solidarität auf translokaler und transregionaler Ebene grenz- und generationsüberschreitend neu erfinden. Hierbei geht es nicht einfach um den Einbezug von Frauen und Gender in das derzeitige System, sondern um eine andere Perspektive. Wir schaffen eine neue Grundlage für Solidarität, indem wir unsere vielfältigen Feminismen politisieren und Ansätze entwickeln, die die neoliberale globale Umstrukturierung hinterfragen. Öffentliche Diskurse müssen auf das Menschen-, Bürger- und Frauenrechtsparadigma zurückgeführt werden und dadurch die zunehmende Vermarktlichung und Finanzialisierung kritisieren.

Es gilt, Verbindungen zwischen Themen, Politiken, Räumen und Akteur_innen herzustellen. Unsere Strategien und Forderungen müssen die komplexen unterschiedlichen Probleme von Frauen aufgreifen, ob sie nun aus West- oder Osteuropa oder aus dem globalen Süden kommen,

Migrantinnen, Frauen unterschiedlicher Hautfarbe oder LGBTIQ sind. Wir müssen aufmerksam zuhören, was von wem gesagt wird, und nicht nur das hören, was wir hören wollen. Bei Solidarität geht es nicht nur um milde Gaben, sondern darum, sich gegenseitig zu verstehen und gemeinsam für politische Ziele zu streiten. Solidarität – und nicht Wohltätigkeit – ist ein Weg zu Allianzen und kollektivem Handeln. Dabei gilt es aufzupassen, dass wir weder Nord-Süd-Hierarchien noch Bevormundung und Stereotypisierung als ‚Andere‘ reproduzieren.

Gleichzeitig müssen wir transsektorale Bündnisse mit anderen sozialen Bewegungen schmieden und feministische Forderungen mit auf deren Agenda setzen, ohne deren interne Machtstrukturen aus dem Blick zu verlieren. Als Feminist_innen müssen wir proaktiver werden, eigene Standards setzen und nicht zuletzt Wirtschaftsalternativen aufzeigen, die inklusiv und partizipativ sind und in deren Zentrum Rechte, Gerechtigkeit und Sorge stehen, damit eine Vision von einer Welt mit gleichen Rechten entsteht.